

Vorlage-Nr. 14/1311

öffentlich

Datum: 08.06.2016
Dienststelle: LVR-Direktorin
Bearbeitung: Frau Henkel/Herr Voth

Ausschuss für Inklusion	28.06.2016	empfehlender Beschluss
Ältestenrat	01.07.2016	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	01.07.2016	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion mit dem Beirat für Inklusion und Menschenrechte 2017 nach Berlin

Beschlussvorschlag:

Der Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion vom 07.-09.03.2017 nach Berlin wird gemäß Vorlage Nr. 14/1311 zugestimmt.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.

ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Aktionsplanes für Gleichstellung, Familienfreundlichkeit und Gender Mainstreaming.

nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: € 32.000,00 /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L U B E K

Zusammenfassung:

Ein Versuch in leichter Sprache:

Die Politik des Bundes-Tages und der Bundes-Regierung ist sehr wichtig für den LVR.

Darum fährt der Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat nach Berlin.

Das ist der Termin: 7. März 2017 bis 9. März 2017.

Das erklären wir noch hier in der Vorlage:

Mit welchen Personen wir in Berlin über Inklusion und Menschenrechte sprechen wollen.

Wie teuer diese Reise für den LVR wird.

Gemäß Vorlage Nr. 14/778 wurde die Verwaltung damit beauftragt, eine **Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion nach Berlin** vorzubereiten.

Das Ziel der nunmehr für den **Zeitraum 07.03. bis 09.03.2017** geplanten Reise besteht darin, durch verschiedene Kontaktgespräche vor Ort auf die Beiträge des LVR zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im Rheinland „aus erster Hand“ hinzuweisen und dort unmittelbar eigene politische Anliegen des Ausschusses für Inklusion vorzubringen.

Die externen **Mitglieder des Beirates für Inklusion und Menschenrechte** werden, wie gemäß Vorlage Nr. 14/778 beschlossen, zur Mitreise eingeladen. Für bis zu sechs Personen aus dem Pool des Landesbehindertenrates NRW e.V. trägt der LVR die Reisekosten. Auch die Landesbehindertenbeauftragte NRW erhält die Gelegenheit zur Mitreise (auf eigene Rechnung).

Ausgehend von ca. 35 Teilnehmenden (ggf. plus notwendige persönliche Begleitpersonen) werden – inklusive An-/Abreise und Fahrten vor Ort, Hotelunterkunft und Verpflegung für drei Tage (zwei Nächte) sowie Sachkosten für die Programmpunkte (Raummieten, Bewirtung, ggf. Honorare usw.) – für die Ausschussreise **Kosten von ca. 32.000 €** geschätzt. Leistungen gemäß der Entschädigungssatzung sind darin nicht enthalten.

Begründung der Vorlage Nr. 14/1311:

Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion mit dem Beirat für Inklusion und Menschenrechte 2017 nach Berlin

1. Auftrag

In der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte am 21.09.2015 wurde die Verwaltung gemäß Vorlage Nr. 14/778 damit beauftragt, eine Studien- und Informationsreise zu bundespolitischen Akteuren in Berlin vorzubereiten.

2. Themenschwerpunkt „Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nach der ersten Staatenprüfung 2015“

Das Ziel dieser Reise besteht darin, durch verschiedene Kontaktgespräche auf die Beiträge des LVR zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im Rheinland von höherer kommunaler Ebene aus hinzuweisen und politische Anliegen des Ausschusses für Inklusion unmittelbar „aus erster Hand“ vorzubringen.

Dies entspricht der Zuständigkeit des Ausschusses für Inklusion für die Beratung der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur BRK, soweit dieser die Belange des Landschaftsverbandes Rheinland betrifft, unter besonderer Berücksichtigung der diesbezüglichen Gesetzgebung und politischen Meinungsbildung in Verbänden und Gremien auf Bundes- und internationaler Ebene.

3. Programmvorschlag für den 07. März, ca. 8 Uhr bis 09. März 2017, ca. 20 Uhr

3.1 Erweiterter Kreis der Teilnehmenden

Die externen Mitglieder des Beirates für Inklusion und Menschenrechte werden, wie gemäß Vorlage Nr. 14/778 beschlossen, zur Mitreise eingeladen. Für bis zu sechs Personen aus dem Pool des Landesbehindertenrates NRW e.V. trägt der LVR die Reisekosten.

Nach Beschlussfassung durch den Landschaftsausschuss wird jedes Ausschuss- und Beiratsmitglied gesondert aufgefordert mitzuteilen, ob es an der Reise teilnehmen wird. Auch die Landesbehindertenbeauftragte NRW erhält die Gelegenheit zur Mitreise (auf eigene Rechnung).

Seitens der Verwaltung ist die Teilnahme der LVR-Direktorin und der Leitung eines LVR-Fachdezernates sowie von zwei Personen aus der Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte vorgesehen.

3.2 Kosten

Ausgehend von den ca. 35 **Teilnehmenden** (ggf. plus notwendige persönliche Begleitpersonen) werden – inklusive An-/Abfahrt und Fahrten vor Ort, Hotelunterkunft und Verpflegung für drei Tage (zwei Nächte) sowie Sachkosten für die Programmpunkte (Raummieten, Bewirtung, ggf. Honorare) – für die Ausschussreise Kosten von ca. **32.000 €** geschätzt. Leistungen gemäß der Entschädigungssatzung sind darin nicht enthalten.

3.3 Reiseablauf

1. Tag: Dienstag, 07.03.2017

Anreise mit dem Bus von Köln-Deutz nach Berlin

Ein anderes Verkehrsmittel steht für eine gemeinsame Anreise nicht zur Verfügung, da in der Gruppe bis zu sechs Nutzerinnen und Nutzer von Rollstühlen sein werden.

Am Nachmittag ist ein **Fachgespräch mit Verena Bentele**, der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen in ihrer Funktion als **Staatliche Koordinierungsstelle nach Art. 33 BRK**, in ihrem Dienstsitz in Berlin-Mitte geplant. Das sog. **Kleisthaus** an der Mauerstraße 53 ist Bestandteil des Gebäudekomplexes des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und verfügt über ein barrierefreies Veranstaltungszentrum.

2. Tag: Mittwoch, 08.03.2017

Am Vormittag ist zunächst ein Austausch mit der **Anlaufstelle der Bundesregierung nach Art. 33 BRK** im BMAS auf Arbeitsebene z.B. zum Bundesteilhabegesetz im Dienstsitz auf der Wilhelmstraße 49 vorgesehen.

Dieses geschichtsträchtige Haus ist auf tragische Weise mit dem Rheinland verbunden: Im März 1933 bezog Joseph Goebbels (geboren in Rheydt, heute zur Stadt Mönchengladbach gehörend) als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda das dort befindliche Prinz-Friedrich-Leopold-Palais und ließ den Komplex in den folgenden Jahren nach seinen Vorstellungen ausbauen. Ein großer Gebäudeflügel aus der Erweiterung von 1938 ist im Wesentlichen bis heute erhalten und wird vom BMAS genutzt. Die Möglichkeit zu einem Rundgang wird geprüft.

Am Nachmittag lädt der LVR-Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat als zentralen Programmpunkt ein zu einer „**Parlamentarischen LVR-Kaffeetafel nach rheinischer Art**“. Im Rahmen dieser Veranstaltung ist ein moderiertes **Tischgespräch mit den behindertenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Bundestagsfraktionen und der Parlamentarischen Staatssekretärin** im BMAS geplant.

Darüber hinaus sollen zur weiteren Vernetzung alle **Mitglieder des Deutschen Bundestages mit einem Wahlkreis im Rheinland** eingeladen werden.

3. Tag: Donnerstag, 09.03.2017

Der letzte Tag widmet sich in besonderer Weise den Themen Partizipation, Empowerment und gesellschaftliches Engagement. Vorgesehen ist eine abschließende **Diskussionsrunde mit Gästen** in einer Art „Talk-Show-Format“, die nach Möglichkeit in der „Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund“ (Landesvertretung NRW, Hiroshimastraße 12-16 in Berlin-Tiergarten) stattfinden soll.

Als Gesprächspartnerinnen und -partner sollen die folgenden Institutionen gewonnen werden: Monitoring-Stelle BRK beim Deutschen Institut für Menschenrechte, Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der Verein Sozialhelden e.V. (Aktivist Raul Krauthausen) sowie das Berliner NUEVA-Projekt („Nutzer evaluieren“).

Abreise mit dem Bus